RESSORTBERICHT

Ressortinhaber:
Regierungsrat Dr. Alois Ospelt bis 21. April 2005
Regierungsrat Dr. Martin Meyer ab 21. April 2005

Zentrale Themen im Ressort waren die Erarbeitung verschiedener Gesetzesvorlagen wie z.B. die Totalrevision des Katastrophenschutzgesetzes. Weitere Projekte, wie die enge Zusammenarbeit in der EUREGIO Bodensee, der liechtensteinische Beitrag zum Thema «EUROPOL» sowie der zwischenstaatliche Beitritt zur Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb einer Ostschweizer Polizeischule in Amriswil sind zentrale Bestandteile einer umfassenden Sicherheitskonzeption.

Landespolizei
Aufgrund der umfassenden Aktivitäten in den letzten Jahren betreffend die Landespolizei in Bezug auf die personelle Situation und damit einhergehend der notwendigen entsprechenden Aus- und Weiterbildung konnte das Ressort Inneres im Berichtsjahr eine Konsolidierung und Strukturbereinigung erreichen. In diesem Sinn sind die im Jahr 2000 befristet angestellten Spezialisten im Bereich der Finanzermittlungsgruppe EWOK vom Landtag in unbefristete Dienstverhältnisse umgewandelt worden.

Die Regierung hat sich im Berichtsjahr zudem aufgrund der durch das Stimmvolk im Jahr 2004 erfolgten Ablehnung der Erweiterung des Sicherheitszentrum mit etlichen baulichen Sofortmassnahmen im Polizeigebäude befasst.

Internationale Zusammenarbeit
Im Berichtsjahr wurde ausserdem die regionale und internationale polizeiliche Zusammenarbeit verstärkt. So fand am 1. April 2005 in Kalchrain TG die Konferenz der Ostschweizerischen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren statt. Liechtenstein wurde an dieser Sitzung durch Altregierungsrat Dr. Alois Ospelt vertreten. Die Konferenz hat der Schaffung einer gemeinsamen Ostschweizer Polizeischule definitiv zugestimmt und die erforderlichen Grundlagen verabschiedet. Auch fand am 28. Oktober 2005 in Glarus die Herbstkonferenz der Ostschweizerischen Justiz- und Polizeidirektorinnen und –direktoren statt, an welcher Liechtenstein diesmal durch Regierungsrat Dr. Martin Meyer vertreten war. Anlässlich dieser Konferenz sind Einzelheiten betreffend die geplante gemeinsame Ostschweizer Polizeischule in Amriswil festgelegt und die Assoziation an Schengen/Dublin sowie das weitere Vorgehen gegen Anlässe von Rechtsextremismus festgelegt worden.

Regierungsrat Dr. Martin Meyer weilte am 14. September 2005 in seiner Funktion als Innenminister zu Besuch bei seinem Schweizer Amtskollegen Bundesrat Christoph Blocher in Bern. Im Zentrum des Arbeitsgespräches von Regierungsrat Meyer mit dem Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD) standen verschiedene Fragen der polizeilichen Zusammenarbeit sowie allgemeine sicherheitspolitische Überlegungen. Dieses Treffen diente einerseits dem Erfahrungs- und Informationsaustausch im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit Schweiz und Liechtenstein sowie andererseits der Erörterung verschiedener sicherheitspolitischer Fragestellungen, welche sich den beiden Staaten gleichermassen stellen.

Darüber hinaus ist anlässlich eines Innenministertreffens am 29. September 2005 in Bregenz von Bundesrat Christoph Blocher, Bundesministerin Liese Prokop und Regierungsrat Dr. Martin Meyer das Abkommen zwischen Österreich, der Schweiz und Liechtenstein über den gegenseitigen Datenaustausch in Asylangelegenheiten unterzeichnet worden.

Öffentliche Sicherheit und Rettungsorganisation
Neben der Landespolizei sind für die öffentliche Sicherheit insbesondere die liechtensteinischen Rettungsorganisationen (u.a. Feuerwehren, Bergrettung, Samaritervereine) zuständig. Eine zentrale Aufgabe im Berichtsjahr war die Totalrevision des Katastrophenschutzgesetzes, das künftig durch das Gesetz über den Schutz der Bevölkerung ersetzt wird. Im Berichtsjahr wurde ausserdem der Landesführungsstab reaktiviert, indem zwei Sitzungen und eine grossangelegte Stabsübung abgehalten wurden. Bei der im November abgehaltenen ganztägigen Stabsübung unter der Leitung von Mitarbeitern des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz hat sich gezeigt, dass die Grundlagen und die Kompetenzen des Landesführungsstabes neu geregelt und die Zusammensetzung sowie die Leitung des Stabes einer Überprüfung unterzogen werden müssen. Diese Thematik ist in die Erarbeitung des neuen Bevölkerungsschutzgesetzes eingeflossen.

Die von der Regierung eingesetzte Kommission «Feuerwehr 2003plus» hat als Schwerpunkt ihrer Arbeit Regelungen betreffend die Übernahme des Feuerwehr-Stützpunktes durch das Land im Rahmen der Aufgabenentflechtung Land-Gemeinden mit Anpassungen aller dafür notwendigen Richtlinien und Abmachungen mit der Gemeinde Vaduz vorbereitet. Ein weiterer Schwerpunkt war die Überarbeitung des Feuerwehrgesetzes.

Im Berichtsjahr wurden verschiedene Kurse der Zivilschutzorganisationen durchgeführt. Die Feuerwehrausbildung und die Ausbildung in den anderen Rettungsorganisationen haben sich mittlerweile materiell aber auch finanziell auf einem sehr hohen Niveau eingependelt und bestens bewährt. Die verschiedenen Rettungsorganisationen sind durch zahlreiche Subventionen unterstützt worden. Neben den Nothilfekursen für Schulen wurden die ausserordentlichen Kursangebote der Samariter sehr gut genutzt. Weitere Projekte im Bereich des Zivilschutzes waren im Berichtsjahr der Schutzraumbau und die Erarbeitung eines UKW-Notesendekonzeptes in ausserordentlichen Lagen für das Fürstentum Liechtenstein.

Gewaltschutzkommission
Die Kommission kam im Berichtsjahr zu 8 Sitzungen zusammen, wobei drei Schwerpunkte gesetzt wurden. Erstens ist das Gewaltpräventionsprojekt mit dem Ziel der Fertigstellung des Gewaltpräventionsfilms «Respect» und der Lancierung der darauf basierenden Gewaltpräventionskampagne begleitet worden. Im Rahmen dieses Projektes, an dem sich im Auftrag der Regierung die Gewaltschutzkommission beteiligt hat, ist ein Dokumentarfilm mit Jugendlichen zum Thema Gewalt und Umgang mit Gewalt erstellt worden, der am 14. November 2005 im TaKino in Schaan, Prémiere hatte. Als weiteren Schwerpunkt hat die Gewaltschutzkommission in Zusammenarbeit mit der Vorsteherkonferenz die Gewaltreduktion an öffentlichen Anlässen selbst in die Hand genommen. Ziel dieses Projektes ist es, zusammen mit den Gemeinden und unter Einbezug des Jugendschutzbeauftragten des Amtes für Soziale Dienste ein Konzept zur Durchführung von öffentlichen Anlässen in Gemeindesälen sowie im Freien zu erarbeiten, das von den Gemeinden als verbindlich erklärt wird und dazu beitragen soll, das Gewaltrisiko an solchen Anlässen zu reduzieren. Als dritter Schwerpunkt wurden mit Stichtag 1. Januar 2005 Erhebungsbögen über den Vertreter des Schulamtes in der Gewaltschutzkommission an die Lehrerschaft und über den Vertreter der VLJ an die Jugendarbeiter zur Erfassung von Gewaltvorfällen abgegeben. Ziel dieses Vorgehens ist es, das Gewaltdunkelfeld in Liechtenstein zu erhellen, um eine Durchführung der Datenerhebung zur Gewaltsituation in Liechtenstein vornehmen zu können.

Regelungskommission
Die Kommission (Vorsitzender: Dr. Walter Kert) hat im Berichtsjahr insgesamt zwei Sitzungen abgehalten. Dabei wurden insgesamt zwei Entscheidungen getroffen. Daneben hat der Vorsitzende der Regelungskommission verschiedene Regelungsausschüsse der Gemeinden auch in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht beraten und die zahlreichen Anfragen einer Erledigung zugeführt.

Landesgrundverkehrskommission
Die Kommission (Präsident: Dr. Benedikt Marxer) hat im Berichtsjahr insgesamt sechs nichtöffentliche Sitzungen abgehalten.

Landes- und Gemeindebürgerrecht
Im Rahmen des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes sind im Berichtsjahr insgesamt 138 Personen eingebürgert worden. Nach § 5a (Einbürgerung für Alteingesessene) des genannten Gesetzes wurden 106 Personen, nach § 5 (infolge Eheschliessung) 32 Personen eingebürgert. Von § 6 (im ordentlichen Verfahren, Gemeindeabstimmung) machte niemand Gebrauch.

Grundverkehr
Das Ressort war im Berichtsjahr mit insgesamt 339 Grundverkehrsangelegenheiten befasst. Gegen 17 Beschlüsse von Gemeindegrundverkehrskommissionen wurde Beschwerde an die Landesgrundverkehrskommission erhoben. Seit dem 1. Januar 2002 wird das Beschwerde- und Gegenäusserungsrecht gemäss Art. 18 Abs. 2 und 4 des Grundverkehrsgesetzes durch das Ressort Inneres ausgeübt.

Auflistung nach Gemeinden	Gesamt	davon Beschwerden
Gemeinde Balzers	9	1
Gemeinde Eschen	36	2
Gemeinde Gamprin	20	0
Gemeinde Mauren	72	1
Gemeinde Planken	1	0
Gemeinde Ruggell	23	3
Gemeinde Schaan	43	2
Gemeinde Schellenberg	17	0
Gemeinde Triesen	53	1
Gemeinde Triesenberg	16	3
Gemeinde Vaduz	49	4
Total	**339**	**17**

Auflistung nach Erwerbstypen	
Baurecht	17
Kauf	292
Miete	5
Pacht	1
Schenkung	7
Tausch	12
Vereinbarung	2
Widmung	3
Total	**339**

AMTSSTELLEN

Landespolizei

Amtsleiter: Polizeichef Adrian Hasler, lic. oec. HSG

Das Berichtsjahr war aus der Sicht der Landespolizei ein Jahr der Konsolidierung. Es wurde insbesondere die Struktur der Landespolizei bereinigt und ein nach aussen transparentes Organigramm der Organisation geschaffen.

Im Bereich der Gebäudeinfrastruktur waren bauliche Sofortmassnahmen unumgänglich, da der geplante Erweiterungsbau des Polizeigebäudes im Jahr 2004 von der Stimmbevölkerung abgelehnt wurde. Nachdem der Landtag in der Juni-Sitzung einen entsprechenden Kredit genehmigte, wurden die notwendigen baulichen Sofortmassnahmen angegangen und zum grössten Teil bereits

umgesetzt. Auch im IT-Bereich konnten grosse Fortschritte erzielt werden, indem die technisch veraltete Infrastruktur zu einem wesentlichen Teil abgelöst wurde.

Wie schon im Jahr 2004 begonnen, gehörte die abschliessende Einführung des digitalen Funknetzes «Polycom» zu den zentralen Projekten der Landespolizei. Im Berichtsjahr sind die Bewilligungen für die Antennenstandorte Vaduz und Sareis erteilt werden und der Ersatz der bestehenden Funkantennen konnte planmässig abgeschlossen werden.

Die Überführung der Landespolizei in das neue Besoldungsgesetz der Landesverwaltung wurde im Berichtsjahr ebenfalls in Angriff genommen. Es wurden Schlüsselstellen definiert und entsprechende Stellenbeschreibungen erstellt. Als Grundlage für die Einstufung wurden diese Schlüsselstellen im Rahmen von strukturierten Interviews analysiert.

Die Landespolizei im Einsatz

Die Landespolizei leistete im Berichtsjahr in verschiedenen Diensten einen durchgehenden Betrieb. Die Landesnotruf- und Einsatzzentrale (LNEZ) war rund um die Uhr durch zwei Mitarbeiter besetzt. Die Mitarbeiter der LNEZ nahmen im Berichtsjahr 56 675 Anrufe entgegen. Hieraus resultierten 4 377 disponierte Einsätze, was einer Zunahme von fast 9 Prozent entspricht.

Tätigkeiten und Dienstleistungen	2005	2004
Telefonische Meldungen an die Einsatzzentrale	**56 675**	55 196
Durch die Einsatzzentrale disponierte Einsätze	**4 377**	4 025

Im uniformierten Aussendienst besorgten die Patrouillen in Früh-, Spät- und Nachtdiensten eine lückenlose Präsenz.

Personalbestand

Bei der Landespolizei waren per Ende des Berichtsjahres 111.0 Stellen besetzt. Davon entfielen 77.6 Stellen auf Polizeibeamte mit hoheitlichen Funktionen, 5.0 Stellen auf Polizeiaspiranten und 28.4 Stellen auf Verwaltungsangestellte (inkl. Vollzugsbeamte Landesgefängnis). Ferner wurde die Landespolizei durch 32 Bereitschaftspolizisten unterstützt.

Aus- und Weiterbildung

Die Grundausbildung der Polizeiaspiranten wurde auch 2005 an der Zentralschweizer Polizeischule in Sempach vermittelt. Aufgrund der Zentralisierungsanstrengungen im Bereich der Polizeiausbildung wurde nun auch in der Ostschweiz eine gemeinsame Polizeischule gegründet, welche ihren Betrieb 2006 in Amriswil aufnehmen wird. Die Landespolizei beteiligte sich sowohl an der Evaluation des Standortes als auch an der Ausarbeitung der Lehrinhaltsvorgaben. Die weitere Vereinheitlichung der Ausbildung im Bereich des Ostschweizer Polizeikonkordates hebt die Professionalität der gemeinsamen Einsätze und stärkt das gegenseitige Verständnis der in der Region tätigen Polizeikräfte.

Weiters absolvierten Polizeibeamte berufsbezogene Weiterbildungen in schweizerischen, österreichischen und deutschen Polizei-Fachhochschulen und Polizeiinstituten. Das fachliche Training im sicherheitspolizeilichen Bereich wurde durch ausgebildete Instruktoren der Landespolizei durchgeführt.

Internationale Zusammenarbeit

Auch 2005 wurden wieder zahlreiche Aussenbeziehungen gefestigt und erweitert. Interpol, mit seinen 182 Mitgliedsstaaten, ist für die Landespolizei ein unerlässliches Mittel in der täglichen Polizeikooperation. Im Berichtsjahr stellte Interpol Vaduz 328 Anfragen an ausländische Polizeistellen. Gleichzeitig richteten sich 382 konkrete Anfragen an Interpol Vaduz. Im Rahmen der Zonenverbreitung wurden 35 883 Anfragen durch Interpol Vaduz bearbeitet.

Tätigkeiten und Dienstleistungen Interpol Vaduz (Auszug)	2005	2004
Konkrete Anfragen an Interpol Vaduz	**382**	399
Konkrete Anfragen durch Interpol Vaduz an ausländische Interpol-Büros	**328**	315
Rechtshilfeersuchen von ausländischen Stellen	**276**	334
Rechtshilfeersuchen an ausländische Stellen	**123**	159

Neben der Mitgliedschaft bei Interpol ist die Landespolizei in der Polizeichefvereinigung Bodensee und dem Ostschweizer Polizeikonkordat als Mitglied vertreten. Diese Einbettung in die regionale Polizeikooperation ist äusserst wertvoll. Sie ermöglicht der Landespolizei, Kriminalitätsphänomene in einem internationalen Kontext zu bearbeiten.

Verkehrssicherheit

Im Bereich der Verkehrssicherheit wurde auch im Berichtsjahr der Schwerpunkt auf die Präventionsarbeit gelegt. Die Verkehrsinstruktoren der Landespolizei erteilten 744 Stunden Verkehrsunterricht an Kindergartenklassen, Primarschulen, der Heilpädagogischen Tagesstätte sowie an der Waldorfschule in praktischer und theoretischer Form. Zur praktischen Verkehrserziehung gehörte auch die Verkehrsschulungsanlage, welche in Vaduz wieder für einen Monat aufgebaut und betrieben wurde. Im Bereich der Kindergärten wurde das 2004 erfolgreich eingeführte Puppentheater erneut angeboten, in welchem den Kindern spielerisch der Umgang mit Verkehrsregeln dargeboten wurde.

Neben diesen Unterrichtseinheiten ist ein weiterer Schwerpunkt im Bereich der Schulwegsicherung und Schulwegüberwachung gesetzt worden. Die Landespolizei war an stark frequentierten Kreuzungen, Kreiseln und bei Lichtsignalanlagen präsent und hat auf die

jüngsten Verkehrsteilnehmer geachtet. Insgesamt leistete die Landespolizei im Bereich der Verkehrsinstruktion, Schulwegsicherung und Schulwegüberwachung 1 457 Stunden.

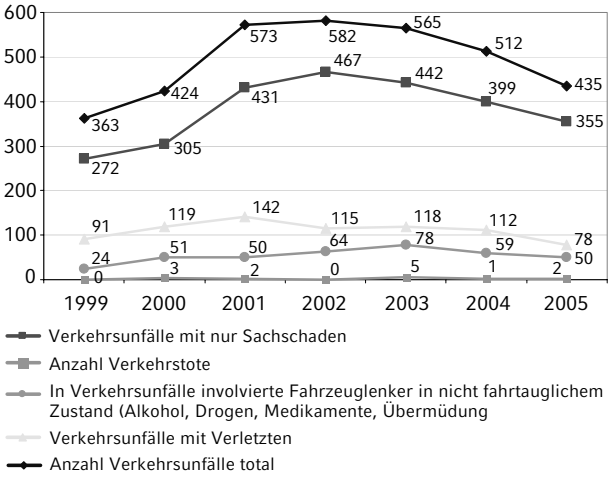
Verkehrspolizeiliche Tätigkeiten und Dienstleistungen (Auszug)	2005 Anzahl	Std.	2004 Anzahl	Std.
Rechtshilfeersuchen von ausländischen Amtsstellen im Sinne SVG	**640**		789	
Verkehrskontrollen allgemein (ohne Geschwindigkeit)		1 661		1 531
Geschwindigkeitskontrollen mobil		518		506
Rotlichtübertretungen	**1 854**		1 369	
Schulwegsicherung / -überwachung		713		708
Verkehrsunterricht an Schulen		744		771
Alkohol- / Drogenuntersuchungen (Blutproben)	**438**		364	

In Zusammenarbeit mit der Kommission für Unfallverhütung erarbeitete die Landespolizei mehrere Präventionskampagnen beziehungsweise Aktionen. Besonders erwähnenswert sind die Jahreskampagne «Mobiltelefonie und Strassenverkehr» sowie die Kampagne zum Schulbeginn.

Im Bereich der Unfallstatistik setzte sich der erfreuliche Trend aus dem Jahr 2004 fort. Die Zahl der Unfälle sank von 512 (2004) auf 435 (2005). Damit bewegt sich die Zahl der Verkehrsunfälle auf dem Niveau des Jahres 2000. Unerfreulich ist die Zahl von zwei Verkehrstoten.

Verkehrsunfallstatistik	2005	2004
Verkehrsunfälle total		
(inkl. Nichtgenügen der Meldepflicht)	**435**	512
davon Verkehrsunfälle mit Sachschäden (inkl. Parkschäden)	**355**	399
davon Nichtgenügen der Meldepflicht	**144**	150
davon Täter ermittelt	**56**	52
	(38%)	(35%)
davon Verkehrsunfälle mit Verletzten	**78**	112
dabei verletzte Personen	**109**	123
davon Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang	**2**	1
dabei Verkehrstote	**2**	1
davon Unfallort innerorts	**357**	439
davon Unfallort ausserorts	**78**	61

Verkehrsunfälle - Entwicklung 1999 bis 2005



Öffentliche Sicherheit

Im Berichtsjahr leistete die Landespolizei 1 150 Stunden Ordnungsdienst bei Fussballspielen und bei Grossanlässen wie dem Staatsfeiertag. Auch wenn die Fussballspiele grösstenteils friedlich verliefen, zeigten Ausnahmen, welches Gewaltpotential unter Umständen zu Tage treten kann. Neben diesen Ordnungsdiensteinsätzen leistete die Landespolizei zwei Assistenzeinsätze im Rahmen des Ostschweizer Polizeikonkordates.

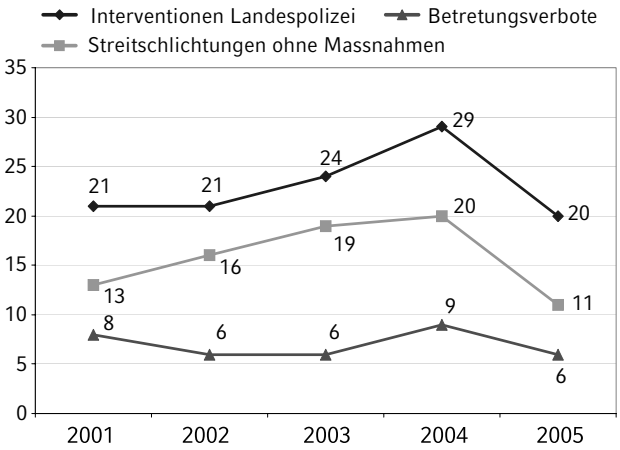
Sicherheitspolizeiliche Tätigkeiten und Dienstleistungen (Auszug)	2005 Anzahl	Std.	2004 Anzahl	Std.
Ordnungs- und Sicherheitsdienst	**24**	1150	21	765
Ordnungsdiensteinsätze im Ausland	**2**		2	
Einsätze der Interventionseinheit	**7**	390	4	143
Personen- und Objektschutz	**21**	680	20	647
Alarmeingänge total	**20**		17	
davon Alarmausrückungen	**12**		15	

Die Interventionseinheit, eine im Milizsystem geführte Spezialeinheit für Einsätze mit hohem Gefährdungspotential, leistete im Berichtsjahr sieben Einsätze. Hierzu gehörten vor allem Verhaftungen im Bereich der Betäubungsmittelkriminalität.

Der Schutz von Staatsgästen und die Sicherung des tagenden Landtages erforderten 680 Mannstunden. Zu dieser Kategorie zählen auch die Einsätze bei internationalen Konferenzen wie dem «Liechtenstein Dialogue».

Im Bereich der häuslichen Gewalt konnte 2005 erstmals ein Rückgang der Interventionen und der ausgesprochenen Betretungsverbote verzeichnet werden. Während die Landespolizei 2004 noch 29 Interventionen leisten musste, sank diese Zahl im Berichtsjahr auf 20 Einsätze. Die Zahl der ausgesprochenen Betretungsverbote reduzierte sich ebenfalls um ein Drittel.

Häusliche Gewalt



Kriminalitätsentwicklung

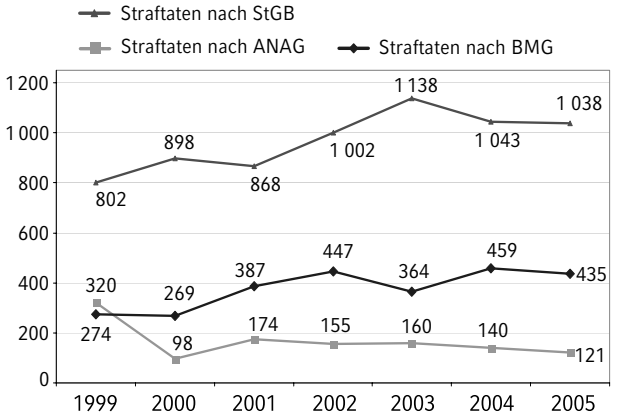
Die Landespolizei erfasste im Berichtsjahr 1 039 Straftaten nach dem Strafgesetzbuch. Somit bewegt sich das Kriminalitätsaufkommen in etwa auf dem Vorjahresniveau (1 043).

602 Anzeigen (Vorjahr 596) betrafen Eigentumsdelikte wie Sachbeschädigungen, Einbruch, Diebstahl usw. Die Delikte gegen Leib und Leben (insbesondere Körperverletzung) haben sich auf 75 (71) erhöht. Im Bereich der Wirtschaftsdelikte nahm die Zahl der bearbeiteten Fälle auf 107 (100) zu. Wie in den vergangenen Jahren handelte es sich hauptsächlich um Straftaten aus den Bereichen Betrug / Anlagebetrug, Geldwäscherei und Untreue / Veruntreuung.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 37 Sittlichkeitsdelikte registriert (Vorjahr 20). Die Zunahme resultiert insbesondere aus dem Bereich Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und Zwang zur Unzucht (+ 6 Anzeigen) sowie dem Bereich Exhibitionismus (+ 10 Fälle).

Von allen ermittelten Tätern waren 23 % minderjährig, wobei der Anteil der jugendlichen Täter speziell bei den typischen Jugendkriminalitätsdelikten Sachbeschädigung mit 40 % und Diebstahl (Laden- und einfacher Diebstahl) mit 30 % über dem Durchschnittswert liegt.

Tendenz der Kriminalität



Mit einer Aufklärungsquote von 36 % konnte im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung eine merkliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr (28 %) erreicht werden. Dennoch ist die Quote von 36 % nur bedingt aussagekräftig, da die Bereiche Wirtschaftskriminalität und Betäubungsmitteldelikte in der Aufklärungsquote nicht berücksichtigt werden. Würde man diese Bereiche addieren, so würde sich die Aufklärungsquote auf 55 % erhöhen.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 435 Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz (BMG) begangen und 154 Tatverdächtige verzeigt (Vorjahr 146). Diese Zahl gliedert sich in 116 Verzeigungen wegen Konsum, Besitz und Ankauf, 24 Verzeigungen wegen Verkauf oder Abgabe und 14 wegen gewerbsmässigem Handel. Im Berichtsjahr wurden 4 Kilogramm Heroin, 1.3 Kilogramm Marihuana und 301 LSD-Konsumeinheiten sichergestellt. Der jüngste Konsument war unter 13 Jahre alt.

Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz	2005	2004
Verzeigte Personen total	**154**	146
davon Übertretung (Konsum, Ankauf, Besitz)	**116**	108
davon Vergehen (Verkauf, Abgabe)	**24**	30
davon Verbrechen (gewerbsm. Handel, Grossmengen)	**14**	8

Bei den Straftaten mit Heroin kann eine markante Zunahme festgestellt werden. Während die Verzeigungen in den letzten Jahren in diesem Bereich kontinuierlich sanken und 2004 einen Wert von 24 erreichten, stiegen sie im Berichtsjahr auf 88 an. Die Zahl der Kokainverzeigungen stieg hingegen nur leicht von 83 auf 97.

Im Berichtsjahr hat die Zahl der Migrationsdelikte leicht auf 121 (140) abgenommen. 45 Personen wurden wegen Verstösse gegen die Einreisebestimmungen und vier wegen Schleppertätigkeit verzeigt. Insgesamt wurden 69 Personen ausgeschafft.

Kriminalpolizeiliche Tätigkeiten (Auszug)	2005	2004
Rechtshilfetätigkeiten bei Wirtschaftsdelikten	**106**	109
Verhaftungen	**24**	70
Hausdurchsuchungen	**105**	157
Telefonkontrollen	**7**	5
Observationsmassnahmen	**7**	19
Datensicherungen / Datenauswertungen	**436**	126
Ausschaffung / Abschiebung (Anzahl Personen)	**69**	119
Kontrollen gemäss Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG)	**31**	28
Erkennungsdienstliche Behandlungen von Personen	**96**	126
Ausweisprüfung	**38**	42

Verwaltungspolizeiliche Tätigkeiten
Der Landespolizei obliegt die Verfolgung zahlreicher Straftaten gemäss dem Verwatungsrecht respektive dem Nebenstrafrecht. Im Berichtsjahr nahmen die Anzeigen in diesem Bereich um mehr als das Doppelte zu. Dies ist hauptsächlich auf die verstärkt durchgeführten Jugendschutzkontrollen einerseits sowie die Schwerpunktprüfungen gestützt auf das Tourismusgesetzes (Hotelmeldewesen) anderseits zurückzuführen. Aus kriminalpräventiver Perspektive kommt einem konsequenten Vollzug des Jugendschutzes ein hoher Stellenwert zu, da Jugenddelikte häufig unter Alkoholeinfluss begangen werden.

Straftaten nach Verwaltungsrecht und strafrechtlichen Nebengesetzen	**2005**	2004
Anzeigen total:	**379**	133
davon (auszugsweise) Tatbestände betreffend:		
– Abfallbeseitigung, Lagerung von Schrott	**12**	7
– Jugendgesetz	**179**	8
– Tourismusgesetz	**21**	0
– Tierschutz, Tierseuchen, Tierhaltung, Kadaverbeseitigung	**17**	11
– öffentliche Ruhe und Ordnung (Nacht-, Sonn- & Feiertagsruhe, Polizeistunde)	**11**	0
– Waffengesetz	**90**	92
– persönlicher Geheimbereich, Telefonbelästigung	**14**	8

Kriminalstatistik 2005

Straftaten nach StGB	**Anzeigen**		**geklärte Fälle**		**ermittelte Täter**		
	2005	2004	in Zahlen	in %	Täter total	Jugendl.	Mündige
Total der Straftaten:	**1 038**	**1 043**	334	36%	474	109	365
Leib und Leben	**75**	**71**	73	97%	98	20	78
Tötungsdelikte	**0**	1					
Körperverletzung	**64**	58	62	97%	84	16	68
Gefährdung der körperlichen Sicherheit	**10**	11	10	100%	10	0	10
Raufhandel	**1**	1	1	100%	4	4	0
Freiheit	**63**	**50**	54	86%	61	13	48
Freiheitsentzug / Entführung / Geiselnahme	**0**	0					
Nötigung	**13**	7	11	85%	13	3	10
Drohung	**44**	42	37	84%	37	6	31
Hausfriedensbruch	**6**	1	6	100%	11	4	7
Fremdes Vermögen							
(ohne Fahrzeug- u. Wirtschaftsdelikte)	**602**	**596**	140	23%	230	61	169
Sachbeschädigungen	**183**	162	44	24%	63	25	38
davon Vandalismus / Sprayen	**10**	7	2	20%	2	0	2
davon an Fahrzeugen	**71**	65	14	20%	18	7	11
Einbruchdiebstahl	**97**	121	12	12%	28	5	23
Fahrzeugaufbruch	**12**	14	1	8%	1	0	1
Einschleichdiebstahl	**6**	13	0	0%	0	0	0
Entreissdiebstahl	**0**	1					
Diebstahl (einfach)	**173**	145	34	20%	49	9	40
Trick-/Taschendiebstahl	**4**	17	0	0%	0	0	0
Ladendiebstahl	**5**	7	5	100%	21	12	9
Diebstahl ab/aus Fahrzeugen (ohne Aufbrechen)	**23**	16	2	9%	3	0	3
Kontrollschilddiebstahl ab Fahrzeugen	**5**	14	0	0%	0	0	0
Veruntreuung / Unterschlagung	**11**	17	5	45%	8	0	8
Hehlerei	**13**	6	13	100%	30	10	20
Raub	**1**	2	0	0%	0	0	0
Erpressung	**2**	2	0	0%	0	0	0
Betrug / Zechprellerei	**67**	59	24	36%	27	0	27
Fahrzeugdelikte (Diebstahl u. Entwendung)	**80**	**101**	5	6%	7	5	2
Autos	**2**	5	1	50%	1	0	1
Motorräder / Kleinmotorräder / Motorfahrräder	**8**	11	2	25%	4	4	0
Fahrräder	**70**	85	2	3%	2	1	1
Wirtschaftsdelikte	**107**	**100**					
Betrug / Anlagebetrug	**59**	44					
Konkursdelikte	**7**	7					

Straftaten nach StGB	Anzeigen		geklärte Fälle		ermittelte Täter		
	2005	2004	in Zahlen	in %	Täter total	Jugendl.	Mündige
Geldwäscherei	**25**	35					
Untreue / Veruntreuung	**16**	14					
Gemeingefahr	**4**	**2**	2	50%	2	0	2
Brandstiftung (vorsätzlich)	**2**	1	1	50%	1	0	1
Fahrlässiges Herbeiführen einer Feuersbrunst	**2**	1	1	50%	1	0	1
Sittlichkeit	**37**	**20**	32	86%	38	4	34
Vergewaltigung / sex. Nötigung / Zwang zur Unzucht	**7**	1	7	100%	11	3	8
Unzucht mit Unmündigen / Sittl. Gefährdung Unmündiger	**7**	6	6	86%	7	0	7
öffentl. unzüchtige Handlungen (Exhibitionismus)	**11**	1	8	73%	8	0	8
sexuelle Belästigung	**10**	7	9	90%	9	1	8
Pornographie	**2**	5	2	100%	3	0	3
Urkunden und Beweiszeichen	**30**	**44**	10	33%	10	1	9
Delikte gegen Geld / Wertpapiere / Wertzeichen	**2**	**4**	2	100%	2	0	2
Kriminelle Organisation (§ 278a)	**0**	**1**					
Übrige Abschnitte StGB	**38**	**54**	16	42%	26	5	21
davon Rassendiskriminierung	**3**	**1**	3	100%	3	0	3
davon Widerstand gegen die Staatsgewalt	**3**	**3**	3	100%	5	1	4

Amt für Zivilschutz und Landesversorgung

Amtsleiter: Alfred Vogt

Der Landesführungsstab nahm im Jahr 2005 seine Tätigkeit mit zwei Sitzungen und einer Stabsübung wieder auf.

Der Sirenen-Probealarm im Februar 2005 zeigte das fehlerfreie Funktionieren der Alarmierung der Bevölkerung auf. Im Verlauf des Novembers wurde die Fernsteuerung komplett erneuert und von Telefonfestnetz- auf Funkansteuerung umgerüstet.

Die Feuerwehrausbildung und die Ausbildung in den anderen Rettungsorganisationen haben sich materiell auf einem sehr hohem Niveau eingependelt; finanziell waren die Aufwendungen wegen der Anpassung der Besoldung etwas höher als im Vorjahr.

Die Mitgliederzahl der Samaritervereine ist immer noch leicht rückläufig. Obwohl zwei Vereine weder Kurse für die Bevölkerung angeboten noch Schulkurse durchgeführt haben, ist insgesamt die Zahl der Kursangbote praktisch gleich hoch geblieben.

Im Bereich der wirtschaftlichen Landesversorgung wurde zur Kenntnis genommen, dass die Vorgaben des Bundesamtes für Wirtschaftliche Landesversorgung massiv auf die Vorbereitung der Rationierung von Grundnahrungsmitteln, Treibstoff und Heizöl reduziert wurden. Die Rationierungsausweise aus den Nachkriegsjahren wurden auf Veranlassung des Bundesamtes vernichtet. Die rechtliche Anpassung wurde insofern vorbereitet, dass in einem neuen Bevölkerungsschutzgesetz und einer Verordnung entsprechende Neuerungen getroffen wurden.

Das Schutzplatzangebot in Liechtenstein nahm im Jahr 2004 absolut leicht zu, in Prozentzahlen ist aber eine Stagnation festzustellen.

Die personelle Besetzung der Zivilschutzgruppen ist analog derjenigen der anderen Rettungsorganisationen zu sehen. Die Betriebsgruppe «Landesführungsraum» wurde neu gegründet, und erste Ausbildungsangebote wurden wahrgenommen.

Landes-Führungsstab (LFS) / Gemeinde-Führungsstäbe
Der Landesführungsstab nahm seine Tätigkeit mit zwei Sitzungen und einer gross angelegten Stabsübung wieder auf.

Schwerpunktthema der ersten Sitzung war das Aktualisieren und Ausgleichen des Wissenstandes der LFS-Mitglieder, während die zweite vor allem der Aufarbeitung der Bewältigung der Unwetter in den Tagen nach dem 21. August 2005 gewidmet war.

Im November wurde eine ganztägige Stabsübung unter der Leitung von Mitarbeitern des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz durchgeführt, welche verschiedene Verbesserungspotenziale aufzeigte: Es zeigte sich dabei, dass die Grundlagen und die Kompetenzen des Landesführungsstabes neu geregelt und die Zusammensetzung sowie die Leitung des Stabes einer Überprüfung unterzogen werden müssen.

Drei Gemeindeführungsstäbe (Balzers, Ruggell und Schellenberg) haben ebenfalls Stabsübungen absolviert.

Alarmierung in Liechtenstein
Die Alarmierung der Hilfs- und Rettungsorganisationen über die SMT-Alarmierung aus der Landes- Notruf und Einsatzzentrale (LNEZ) hat sich bewährt.

Für die Sirenenalarmierung wurde im Verlauf des November für alle 23 Sirenen die neuen Fernsteuerung ab LNEZ über Funk an alle Standorte eingebaut und getestet. Die Tests sind problemlos verlaufen.

Feuerwehr

Die jährliche Erhebung hat wiederum aufzeigt, dass es für die Feuerwehren des Landes immer schwieriger wird, ihren Personalbestand zu halten.

Die im Inland selbst durchgeführten Feuerwehrkurse sowie das im Ausland genutzte Weiterbildungsangebot verursachten im Berichtsjahr trotz einer Solderhöhung, knapp geringere Kosten als im Vorjahr.

Die Gemeindefeuerwehren mussten im Berichtsjahr rund 60 % mehr Einsatzstunden leisten, was vor allem auf die Hochwassersituation im August zurückzuführen ist.

Bei den gesetzlich durchgeführten Inspektionen konnte ein guter und ordnungsgemässer Stand im materiellen Bereich des Feuerwehrwesens festgestellt werden.

Personalbestand
In Liechtenstein stehen per 31. Dezember 2005 613 Feuerwehrleute zur Verfügung, welche sich auf 11 freiwillige Gemeindefeuerwehren mit 478 aktiven Leuten und 6 Betriebsfeuerwehren (bzw. Löschgruppen) mit 135 Leuten aufteilen.

Feuerwehr-Strahlenschutzgruppe
Für die Belange des Feuerwehr-Strahlenschutzdienstes stehen derzeit 12 Aktivmitglieder aus den verschiedenen Feuerwehren des Landes zur Verfügung, für welche Auslagen in der Höhe von CHF 1 660.75 entstanden.

Feuerwehrinstruktoren
Durch vier Neuzugänge konnte der Bestand an Feuerwehrinstruktoren auf 25 erhöht werden. Für die Instruktoren waren Auslagen von in der Höhe von CHF 22 781.15 auszuweisen.

Feuerwehrausbildung
Im Inland wurden an 23 Tagen 12 verschiedene Kurse mit einer Beteiligung von 339 Personen durchgeführt. Im Ausland wurden 39 Kurstage von 75 Feuerwehrleuten besucht. Insgesamt ergeben sich für das Kurswesen Kosten in der Höhe von CHF 376 641.90.

Feuerwehreinsätze 2005
Die Gemeindefeuerwehren leisteten 2005 total 387 Einsätze mit 7 153 Einsatzstunden. Die Betriebsfeuerwehren verzeichneten 68 Einsätze mir einem Aufwand von 194 Stunden. Gesamthaft sind 7 347 Einsatzstunden zu verzeichnen.

Subventionierung von Feuerwehrfahrzeugen
Für die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen wurde an Subventionen CHF 13 500 ausgegeben, welche an die Gemeinden Schellenberg (CHF 48 000) und Triesenberg (CHF 87 000) ausbezahlt wurden.

Feuerwehrstützpunkt Vaduz
Bei den laufenden Kosten des Stützpunktes betrug der Kostenanteil des Landes (1/3) CHF 16 464.60. Im Investitionsbereich gab es keine Auslagen.

Inspektionen
Im Berichtsjahr wurden bei allen 11 Gemeinden und bei allen 6 Betriebsfeuerwehren Depot-Inspektionen durchgeführt. Zusammenfassend konnte ein gutes Ergebnis festgestellt werden.

Beiträge, Versicherungen, andere Kosten
Das Land entrichtete im Feuerwehrbereich an verschiedene Vereine, Verbände und Institutionen des In- und Auslandes Mitgliedschaftskosten und Versicherungsbeiträge in der Gesamthöhe von CHF 57 422.

Kommission «Feuerwehr 2003plus»
Die von der Regierung eingesetzte ständige Kommission zur Koordination von Projekten und Aufgaben im Feuerwehrbereich erledigte ihre Sachgeschäfte in 9 Sitzungen.

Schwerpunkt der Arbeit war die Vorbereitung der Regelung der Übernahme des Feuerwehr-Stützpunktes durch das Land im Rahmen der Aufgabenentflechtung Land – Gemeinden mit der Anpassung aller dafür notwendigen Richtlinien und der Abmachungen mit der Gemeinde Vaduz. Ein weiterer Schwerpunkt war die Überarbeitung des Feuerwehrgesetzes.

Hilfs- und Rettungsorganisationen

Samariterwesen

Personalbestand
In Liechtenstein waren per 31. Dezember 2005 209 Samariter aktiv. Diese verteilten sich auf 7 Vereine, wobei einer davon (Pfadfinder-Samariter) trotz gleich bleibender Mitgliederzahl die Aktivitäten fast vollständig eingestellt hat.

Ein Samariterlehrer des Pfadfinder-Samariterverein hat seinen Rücktritt erklärt.

Kurswesen
2005 haben fünf Vereine insgesamt 52 Kurse für die Bevölkerung inkl. 30 Nothilfekursen an Schulen durchgeführt. Nicht eingeschlossen sind darin Kurse für andere private Interessenten. Zwei Vereine haben Kurse wegen Teilnehmermangel abgesagt (Triesenberg) bzw. keine angeboten (Pfadfinder).

Im Berichtsjahr 2005 wurden durch die Kaderleute der Vereine an 17 Kursen total 84 Teilnehmern insgesamt 122 Personen-Tage an Aus- und Weiterbildung geleistet. Darin eingeschlossen ist ein Teil der Ausbildung von 4 neuen Samariterlehrern (2 für den Samariterverein Liecht. Unterland und 2 für den Samariterverein Vaduz).

Subventionswesen / Beiträge
Betreffend Anschaffungen der Samaritervereine wurden 2005 an 6 Vereine Subventionen ausbezahlt.

Die Jahresbeiträge an die Vereine, den Verband der Liecht. Samaritervereine VLS und den regionalen Samariterverband St. Gallen / Fürstentum Liechtenstein betragen total CHF 41 500.

Bergrettung

Personal
Die Liechtensteinische Bergrettung (LBR) hatte am 31. Dezember 2005 ein Mitgliederzahl von 31 (davon 5 Frauen) und 1 Aspirant.

Einsätze / Übungen
2005 waren 7 Einsätze zu absolvieren. Dafür rückten total 40 Bergretterinnen und Bergretter für insgesamt 95 Einsatzstunden aus. Es wurden 6 Personen gerettet, davon waren 2 unverletzt, 1 leicht und 3 schwer verletzt.

Zusätzlich wurden insgesamt 27 Übungen und Vereinsanlässe organisiert, davon waren es 6 Kaderkurse in Zusammenarbeit mit dem Schweiz. Alpenclub SAC oder dem Internationalen Komitee für Alpines Rettungswesen IKAR.

Kosten
Für die Bergrettung fielen Totalausgaben in Höhe von CHF 67 335 an. Diese beinhalten Personal- und Schulungskosten inkl. die Teilnahme an Fachtagungen, Kommunikationskosten (Gebühren, Konzessionen und Gerätereparaturen) sowie alle Materialkosten und Diverses (inkl. Autokosten mit Versicherung).

Beobachtungsdienst / Schneemessung
Die vier Leute des Beobachtungsdienstes wendeten für ihren Dienst total 197 Stunden auf, davon 11 Stunden für 5 Schneeprofile zur genaueren Abklärung (gerechnet von November 2005 bis November 2005).

Es entstanden Gesamtkosten von CHF 9 431.

Lawinendienst
Im Winter 2005 waren keine wesentlichen Lawinenabgänge in der Nähe von touristisch genutzten Zonen zu verzeichnen.

Da die anfallenden Kosten des Lawinendienstes den Gemeinden weiterverrechnet werden, entstanden dem Land keine Kosten.

Rettungshundegruppe Liechtenstein

Die Rettungshundegruppe Liechtenstein bestand zu Beginn des Winters 2004/2005 aus 4 aktiven Hundeführern mit ausgebildeten Hunden. Davon sind nach wie vor 3 auch im SAC oder bei der Grenzwacht tätig. Ein Hundeführer ist zudem mit seinem Hund in Zusammenarbeit mit den SAC-Hundeführern auch für die Geländesuche ausgebildet. Vier Junghunde habe die 1. Stufe der Ausbildung absolviert, gelten aber noch nicht offiziell als einsatzfähig.

Die Rettungshundegruppe verzeichnete 2005 keine Wintereinsätze. Für die Geländesuche (ohne Schnee) wurde das entsprechende Team in der Region zu 4 Einsätzen aufgeboten – einmal auch in Liechtenstein.

Die Rettungshundegruppe hat Kosten in der Höhe von total CHF 28 648 verursacht.

Wasserrettung

Die liechtensteinische Wasserrettung verfügte im Berichtsjahr über 29 Aktivmitglieder.

Die Wasserrettung hatte eine Ernstfall-Einsatz im Teich «Auf der Säga»und absolvierte 4 jeweils Ausbildungseinheiten für den gezielten Rettungseinsatz zu je ca. 3 Stunden Dauer.

Sie konnte im Verlauf des Spätwinters ihr neues Einsatzfahrzeug entgegennehmen.

Die Wasserrettung hat laufende Kosten von CHF 13 152 (inkl. Ausbildungskosten) und Investitionen für das Fahrzeuge von insgesamt CHF 82 477 verursacht.

Zivilschutz

Gruppen des Amtes / Zivilschutzorganisationen

Gruppen des Amtes für Zivilschutz und Landesversorgung
Dem Amt für Zivilschutz und Landesversorgung direkt angeschlossen und von diesem auch organisatorisch betreut sind zur Zeit:
- die seit längerem operative Übermittlungsgruppe mit 19 Mitgliedern mit der Aufgabe Notkommunikationsmittel aufzubauen und zu betreiben;
- die im Aufbau befindliche Betriebsgruppe Landesführungsraum (LFR) mit aktuell 12 Mitgliedern und der zukünftigen Aufgabe, den technischen Betrieb und den administrativen Ablauf in allen Bereichen im Landesführungsraum sicherzustellen bzw. zu unterstützen;
- als eigenständige Hilfsorganisation übernimmt die Übermittlungsgruppe die ihr zugeteilten Aufgaben, insbesondere Übermittlungsaufgaben mit dem Nottelefon (Awitel);
- drei Kernteams für die Bereiche Anlagewart, Versorgungswesen und Betreuungswesen mit der Aufgabe in den örtlichen Zivilschutzorganisationen die ihrem Fachgebiet entsprechenden Bereiche zu beüben und zu koordinieren.

Gemeinde-Führungsorganisationen
6 Gemeinde-Führungsstäbe sind auf ihre Aufgabe vorbereitet worden: Vaduz, Triesenberg und Schaan bereits im Vorjahr und im Berichtsjahr neu Balzers, Ruggell und Schellenberg.

Zivilschutzgruppen der Gemeinden
In 7 Gemeinden bestehen bereits organisierte Zivilschutzgruppen. Das Amt für Zivilschutz und Landesversorgung ist bestrebt, gute Ausbildung und andere Grundlagen zur Bewältigung ihrer Aufgaben zu vermitteln. Die Aufgaben decken in der Regel Nischen ab, um im Ernstfall den anderen Rettungsorganisationen nicht Personal für Sonderaufgaben entziehen zu müssen (z.B. Betreuung von Evakuierten, Versorgung der Rettungskräfte etc.).

Aus- und Weiterbildung in Liechtenstein
Drei weitere Gemeinde-Führungsstäbe konnten mittels ganztägigen Übungen in ihre Aufgaben eingeführt werden: Balzers, Ruggell und Schellenberg.

Im Rahmen des Ausbildungskonzeptes 200x wurden im Jahr 2005 im Land folgende Kurse angeboten: Einführungskurs und Grundkurs für neue Mitglieder der Zivilschutzgruppen, interner Weiterbildungskurs für die Übermittlungsgruppe und die Betriebsgruppe LFR.

In Zusammenarbeit mit dem Kanton St. Gallen und dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz in Bern konnten angeboten werden: Stabskurse für die Führungsstäbe, Aus- und Weiterbildungskurse für die Anlagewarte und die weiteren Kernteams.

Die Ausgaben für die Aus- und Weiterbildung im Zivilschutzbereich betrugen im Jahr 2005 CHF 66 709.20.

Schutzraumbau im Fürstentum Liechtenstein
Gegenüber dem Einwohnerwachstum konnte das Schutzplatzangebot um 1.76% (von 43.3% auf 44.76%) verbessert werden.

Inbetriebnahme von Schutzräumen
Im Jahr 2005 konnte ein Schutzraum mit 207 Schutzplätzen fertig gestellt und seinen Bestimmungen übergeben werden. Ein weiterer Schutzraum mit 470 Schutzplätzen wird zur Zeit gebaut.

Schutzraumprojekte
Als Projekte bearbeitete das Amt für Zivilschutz und Landesversorgung vier Schutzräume in Tiefgaragen mit insgesamt 1550 Schutzplätzen in öffentliche und private Bauten. Die Übernahme der Mehrkosten bei zwei Projekten in privaten Bauten mit 950 Schutzplätzen wurden von der Regierung genehmigt.

Zwei Projekte von Schutzräumen in öffentlichen Bauten wurden begleitet. Eines der Projekte befindet sich bereits im Bau, das zweite wurde von der Gemeindebehörde abgelehnt.

Schutzraumprojekte in Ausführung
Der Rohbau des Landesführungsraumes ist bereits realisiert.

Subvention der Schutzräume von Gemeinden
Im Jahr 2005 wurden seitens der Gemeinden weder Subventionen beantragt noch verrechnet.

Spezielle Projekte

UKW-Notsendekonzept
Eine Arbeitsgruppe erarbeitete im Auftrag der Regierung ein «UKW-Notsendekonzept in ausserordentlichen Lagen für das Fürstentum Liechtenstein». Die Detailphase konnte mit einem Bericht an die Regierung abgeschlossen werden.

Landesversorgung

Zielvorgaben des Bundesamtes für Wirtschaftliche Landesversorgung
- Es gibt neu nur noch drei Bereichsleiter bei der Rationierung: Lebensmittel, Treibstoffe und Heizöl.
- Die Ausbildung des Bereichsverantwortlichen «Heizöl rationierung»wurde abgeschlossen und die notwendigen Dokumente für die Umsetzung in Liechtenstein liegen vor.
- Die diesbezüglichen gesetzlichen Grundlagen liegen bereits im Entwurf vor.

Heizöllager «Forst»
Das Land Liechtenstein besitzt 1450 Anteilscheine der Genossenschaft für Heizöllagerhaltung für die Berechtigung der Einlagerung von je 5 Tonnen Heizöl. Die gesamte mögliche Einlagerungskapazität des Landes beträgt also 7250 Tonnen.

Für diese Anteilscheine müssen jährlich CHF 32 625 (CHF 4.50 pro Tonne Lagerraum) überwiesen werden.

Die Lagerkapazität des Landes für 7250 Tonnen Heizöl im Lager ist ungenutzt bzw. das Lager leer. Die Kosten an die Genossenschaft für Heizöllagerhaltung für diese Lagerkapazität von 1450 Anteilscheinen betragen CHF 32 625.

Fachtechnik und Logistik

Logistik
Die Hauptaufgabe im Jahre 2005 bestand darin, sämtliches Einsatzmaterial aufzulisten und den Rettungskräften bei Bedarf für Einsatz und Ausbildung zur Verfügung zu stellen

Kleinlöscherschulungen
Im Jahre 2005 wurden 20 Kleinlöscherschulungen durchgeführt, bei denen 916 Teilnehmer zu verzeichnen waren.

Die «Stiftung für den Brandschutz und das Löschwesen»wendete dafür CHF 15 230.15 für das Personal und CHF 8 7331.75 für Materialkosten auf.

Zivilstandsamt

Amtsleiter: Hansjörg Meier

Die Schwerpunktaufgaben des Zivilstandsamts lagen im Berichtsjahr in der Führung und laufenden Aktualisierung der verschiedenen Zivilstandsregister, beim Vollzug von Eheschliessungen, bei der Bearbeitung von Geburts-, Ehe- sowie Todesereignissen, der Ausstellung von Todesfall-Aufnahmen (Erbbescheinigungen), der Anerkennung von ausländischen Zivilstandsereignissen, der Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger aufgrund Staatsgerichtshofurteil 1996/36, der Registrierung alteingesessener Ausländer, die erleichtert eingebürgert wurden (LGBl. 2000 Nr. 141), der Ausgabe von Registerauszügen, Dokumenten und Bestätigungen, der Durchführung von Namensänderungen, der Datenbereinigung und Datenerfassung in der Zentralen Personenverwaltung sowie der Aktualisierung und Pflege des Internet-Auftritts.

Ziviltrauungen in Liechtenstein

Vollzug von Eheschliessungen			2004	2005
Liechtensteiner	:	Liechtensteinerinnen	45	49
Liechtensteiner	:	Ausländerinnen	54	56
Ausländer	:	Liechtensteinerinnen	54	58
Ausländer	:	Ausländerinnen	36	40
Total			189	203

Heimatscheine, Todesfall-Aufnahmen und Namensänderungen

Ausstellung von Dokumenten und Durchführung von Namensänderungen	2004	2005
Heimatscheine	41	63
Todesfall-Aufnahmen (Erbbescheinigungen)	226	254
Namensänderungen	85	63
Annahme des ledigen Namens	17	23

Anerkennungen ausländischer Eheschliessungen, Ehescheidungen, Adoptionen und Vaterschaftsanerkennungen

Anerkennung ausländischer Zivilstandsereignisse	2004	2005
Ausländische Eheschliessungen liechtensteinischer Staatsangehöriger	63	57
Ausländische Ehescheidungen liechtensteinischer Staatsangehöriger	14	18
Adoptionen ausländischer Kinder durch liechtensteinische Staatsangehörige	7	5

Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger aufgrund Staatsgerichtshofurteil (StGH 1996/36)

Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger	2004	2005
Vom Zivilstandsamt registrierte Personen, die in der Zeit vom 01.01.2005- 31.12.2005 aufgrund des Staatsgerichtshofurteils 1996/36 die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben haben (Kinder liechtensteinischer Mütter)	257	224

Registrierung alteingesessener Ausländer, die aufgrund LGBl. 2000 Nr. 141 erleichtert eingebürgert wurden

Registrierung alteingesessener Ausländer	2004	2005
Vom Zivilstandsamt registrierte Personen, die in der Zeit vom 01.01.2005- 31.12.2005 aufgrund des Gesetzes vom 12. April 2000 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes, LGBl. 2000 Nr. 141, die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben haben (erleichterte Einbürgerung alteingesessener Ausländer)	102	100

Schwerpunktaufgaben 2005

- Führung und laufende Aktualisierung der verschiedenen Zivilstandsregister (Geburts-, Ehe-, Familien- und Todesregister);
- Aufnahme von Eheverkündungsgesuchen (Ehevorbereitung);
- Vollzug von Eheschliessungen;
- Ausstellung von Geburts-, Ehe- und Todesscheinen, Familienregisterauszügen, Heimatscheinen, Ehefähigkeitszeugnissen, Zivilstandsausweisen, Bestätigungen sowie anderen Dokumenten;
- Ausstellung von Todesfall-Aufnahmen (Erbbescheinigungen);
- Übermittlung von Zivilstandsmeldungen an Ämter, Behörden, Gemeinden, Gerichte, Konsulate etc.;
- Mitteilung in Bezug auf ausereheliche Kinder an Kinder- und Jugenddienst sowie Landgericht;
- Übermittlung von Zivilstandsmeldungen an Regierungskanzlei zur Beglaubigung und Weiterleitung;
- Registrierung von Ehetrennungen, Ehescheidungen, Legitimationen und Adoptionen;
- Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger aufgrund Staatsgerichtshofurteil (StGH 1996/36 – Kinder liechtensteinischer Mütter);
- Registrierung alteingesessener Ausländer, die aufgrund LGBl. 2000 Nr. 141 erleichtert eingebürgert wurden;
- Registrierung von Gemeindebürgerrechtsänderungen;

- Anerkennung ausländischer Zivilstandsereignisse liechtensteinischer Staatsangehöriger (Eheschliessungen, Ehescheidungen, Adoptionen und Vaterschaftsanerkennungen);
- Beglaubigungen;
- Durchführung von Namensänderungen;
- Führung des Heimatscheinregisters;
- Umsetzung des Internationalen Privatrechts (IPR)
- Datenbereinigung und Datenerfassung in der Zentralen Personenverwaltung (ZPV)
- Aktualisierung und Pflege des Internet-Auftritts.

KOMMISSIONEN

Landesgrundverkehrskommission

Präsident: Dr. Benedikt Marxer

Die LGVK hielt im Jahr 2005 insgesamt sechs nicht-öffentliche Sitzungen ab.

Anhängige Rechtssachen 2005		**28**
A) Anfall Beschwerden 2005		**25**
davon:	a) Hertrag 2004	3
	b) Neuanfall 2005	22
B) Anfall Sonstige Anträge 2005 (amtswegige Prüfung der Erfüllung einer Auflage etc)		**3**
davon:	a) Hertrag 2004	0
	b) Neuanfall 2005	3
Beschwerdeführer/Antragsteller des Neuanfalls 2005		
davon:	a) Regierung	22
	b) Vertragspartei	3
Erledigung Rechtssachen 2005		**23**
davon:	a) Stattgebung/Teilstattgebung	5
	b) Abweisung	7
	c) Zurückweisung und sonstige Erledigungen	14
Übertrag in das Geschäftsjahr 2006		**2**

Regelungskommission

Vorsitzender: Dr. Walter Kert

Die Kommission bzw. der Vorsitzende hat im Jahre 2005 insgesamt zwei Sitzungen abgehalten. Dabei wurden insgesamt zwei Entscheidungen getroffen.

Daneben hat der Vorsitzende der Regelungskommission verschiedene Regelungsausschüsse der Gemeinden auch in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht beraten und zahlreiche Anfragen einer Erledigung zugeführt.